
I N L A N D

Kritik von kirchlichen EZA-Experten an Sparplänen der Regierung	2
Laut Kirchenzeitungsbericht haben katholische Organisationen mit weit höheren Kürzungen zu rechnen als andere Player im EZA-Bereich - Kirchliche EZA-Organisationen warnen vor dramatischen Auswirkungen - Österreichs Bischöfe in Sorge	
Graz: Diözesanrat mit kirchlicher Bestandsaufnahme und Ideenbörse	3
Experten: Lebensschutz bleibt kirchlicher Zentralauftrag	4
"Pro Oriente": Einsatz für den Frieden ist Kernaufgabe der Ökumene	5
Hilfsorganisationen präsentieren Umfrage zu sozialen Kürzungen	6
Pflege: Neues Caritas-Ausbildungszentrum in Wien eröffnet	7
Katholischer Familienverband: Kindergärten gehören in Bundeshand	9
Ordensspitäler OÖ: Beschäftigte stimmen KV-Angebot zu	9
Stift Klosterneuburg lädt zum Dialog über die Würde des Menschen	10
Wegen Wettersturz: "Kreuzweg Extrem" wird zu "Mei'Andacht Xtrem"	11
Auslandskatastrophenfonds: NGOs begrüßen Freigabe von Geldern	11

V A T I K A N & R O M 1 2

Vatikan: Mehr kirchliche Teilhabe für Arme und Marginalisierte	12
Papst: Hierarchische Ordnung der Kirche ist nicht menschengemacht	13
Fürst Albert erwartet politischen Appell des Papstes in Monaco	13
Australier wird oberster Kirchenrechtsexperte im Vatikan	14
Luxemburger Pauly wird neuer Aufsichtsratschef der Vatikanbank	14
Papst sucht neue Wege für Anhänger der Alten Messe in Frankreich	15

A U S L A N D

Erzdiözese Krakau sieht Umgang Wojtylas mit Missbrauch differenziert	16
Krieg: Experte befürchtet Christen-Exodus aus dem Heiligen Land	17
Schuldirektor in Nazareth: Sorge um gesellschaftlichen Zusammenhalt	17
Jerusalem: Papst-Botschafter traf orthodoxen Patriarchen	18
Canterbury: Amtseinführung der Erzbischöfin mit William und Catherine	19
Pfarrer mit deutschen Wurzeln in Ecuador offenbar getötet	20

K U L T U R & M E D I E N

Sagrada Familia in Barcelona feiert Besucherrekord	20
4,9 Millionen Menschen besuchten im Vorjahr die weltbekannte Basilika - Papst-Besuch zu Einweihung des Christus-Turms am 100. Todestag Antoni Gaudis am 10. Juni	

I N L A N D

Kritik von kirchlichen EZA-Experten an Sparplänen der Regierung

Laut Kirchenzeitungsbericht haben katholische Organisationen mit weit höheren Kürzungen zu rechnen als andere Player im EZA-Bereich - Kirchliche EZA-Organisationen warnen vor dramatischen Auswirkungen - Österreichs Bischöfe in Sorge

Wien, 25.03.2026 (KAP) Kirchliche EZA-Expertinnen und -Experten haben heftige Kritik an den Sparplänen im Bereich der Entwicklungszusammenarbeit (EZA) geübt, die laut bisher vorliegenden Informationen kirchliche Organisationen überproportional treffen werden. Die katholische Entwicklungszusammenarbeit könnte einen großen Teil ihrer staatlichen Förderungen verlieren, warnten die Expertinnen und Experten im Gespräch mit der Kooperationsredaktion der heimischen Kirchenzeitungen (aktuelle Ausgaben, Mittwoch). Die Folgen wären dramatisch.

Seit dem Doppelbudget 2025/26 werde von der Regierung eisern gespart. Und die Aussichten auf das Budget 2027/28 seien noch alarmierender, wie Erwin Eder, Geschäftsführer der entwicklungspolitischen Dachorganisation "horizont3000", im Kirchenzeitungsinterview erläuterte: "Gemäß aktuellen Aussagen der Austrian Development Agency (ADA) drohen 'horizont3000' bei zwei ADA-Programmen für die Programmphase 2027-2030 Kürzungen von fast zwei Drittel des derzeitigen Volumens."

Eder zeigte Verständnis dafür, dass es Sparmaßnahmen geben muss, um ein verantwortbares Budget zu erreichen. Kein Verständnis habe er aber dafür, dass die als besonders verlässlich bekannten katholischen Organisationen mit weit höheren Kürzungen zu rechnen hätten als andere Player im EZA-Bereich. "'horizont3000' und ihre Mitgliedsorganisationen wären doppelt so stark von EZA-Kürzungen betroffen wie andere Akteure", fasste Eder das drohende Szenario zusammen.

Sigrid Kickingeder, Geschäftsführerin der Katholischen Jungschar, die die Dreikönigsaktion (DKA) betreibt, ist mit "horizont3000" eng verbunden - die Dreikönigsaktion ist Gründungsmitglied der Dachorganisation und gehört zu deren größten Mitgliedsorganisationen. Für die weltweiten Projekte der Dreikönigsaktion würden die großen Einsparungen im Bereich der EZA einen großen Dämpfer bedeuten, sagte auch Kickingeder: "Wenn staatliche Fördermittel in dieser Größenordnung wegfallen, können wir das nicht mit Spendengeldern allein auffangen. Das heißt, es müssten bisher erfolgreiche Entwicklungsprojekte eingestellt werden, sei es in Zentralamerika, sei es in Ostafrika."

Kein weiterer Austausch von Fachleuten

Komplett wegfallen würde wohl der Austausch von Fachleuten. Das sind jene Expertinnen und Experten, die man früher "Entwicklungshelfer" nannte, die bei großen Projekten wichtiges Know-how liefern und die heute nicht mehr nur aus Europa in den globalen Süden geschickt werden, sondern immer häufiger aus einem Land des Südens in ein anderes Land des Südens. Wenn dieses Programm, wie befürchtet, insgesamt auslaufen würde, ginge dabei ein über die Jahrzehnte erworbener Erfahrungsschatz verloren, warnte Eder.

In gleicher Weise äußerte sich gegenüber den Kirchenzeitungen auch Anja Appel, Leiterin der Koordinierungsstelle der Österreichischen Bischofskonferenz für internationale Zusammenarbeit und Weltkirche (KOO): "Das wäre aus unserer Sicht ein großer Schaden, weil dann viel an Struktur und Expertise kaputtgeht. Ich nehme an, dass diejenigen, die darüber entscheiden, sich nicht bewusst sind, wie viel da verloren geht und wie viel Schaden das auf Dauer anrichtet."

Die Dreikönigsaktion wäre in diesem Fall direkt betroffen, schilderte auch Kickingeder das Problem: "Die DKA ist ganz stark in Fragen der Kinderrechte und des Kinderschutzes. Dafür

braucht es Fachwissen. Aber aus heutiger Sicht werden die Personaleinsätze von der Austrian Development Agency zur Gänze eingestellt."

Bischöfe hoffen auf Nachbesserungen

Auch die Österreichische Bischofskonferenz beschäftigte sich bei ihrer Frühjahrsvollversammlung mit dem Thema und nahm es in ihre Schlusserklärung auf. "Die geplante Kürzung staatlicher Mittel im Bereich der Entwicklungshilfe verfolgen die Bischöfe mit großer Sorge", hielten die Bischöfe wörtlich fest. Das Zusammenwirken von kirchlichen Hilfswerken und öffentlicher Entwicklungszusammenarbeit sei eine langjährige Erfolgsgeschichte. "Wir Bischöfe plädieren daher dafür, bei notwendigen Budgeteinsparungen maßvoll umzugehen, um bewährte und international anerkannte Strukturen und Programme nicht nachhaltig zu beschädigen." Erzbischof Franz Lackner, der Vorsitzende der Bischofskonferenz, zeigte sich bei der abschließenden Pressekonferenz zur Vollversammlung vorsichtig optimistisch, dass in dieser Frage das letzte Wort noch nicht gesprochen sei.

Graz: Diözesanrat mit kirchlicher Bestandsaufnahme und Ideenbörse

Rund 100 Delegierte berieten in Seggau mit Bischof Krautwaschl über innovative Formen der Seelsorge

Graz, 25.03.2026 (KAP) Die Kirche bleibt für viele Menschen wichtig, allerdings eher punktuell bei Feiern wie Taufen, Firmungen oder Trauungen. Dabei biete die Kirche wesentlich mehr, wie beim jüngsten Diözesanrat der Diözese Graz-Seckau deutlich wurde. Neben einer Leistungsbilanz der Diözese wurden im Rahmen einer Ideenbörse Best-Practice-Beispiele gesammelt, wie man die Menschen besser erreichen kann. Der Diözesanrat ist ein Beratungsgremium des Diözesanbischofs und besteht aus knapp 100 Steirerinnen und Steirern. Die Delegierten tagten am vergangenen Wochenende gemeinsam mit Bischof Wilhelm Krautwaschl in Seggau. Über das Treffen berichtete das steirische "Sonntagsblatt" in seiner aktuellen Ausgabe (Mittwoch).

Im Rahmen der Beratungen wurden etwa einige Wirtschaftskennzahlen der Diözese vorgestellt. Rund 2.000 Mitarbeitende zählt demnach die Katholische Kirche und ist damit einer der größten Arbeitgeber in der Steiermark. Mit 6.700 Hektar Wald sei die Kirche der 17.-größte Waldbesitzer im Bundesland, dazu kämen 2.100 Hektar unbebaute Fläche sowie 2.200 durchwegs denkmalgeschützte Gebäude; davon rund 700 Kirchen. Letztlich handle es sich dabei aber mehr um Verpflichtung als Reichtum so Diözesanökonom Martin Halmer: "Für die Erhaltung der Gebäude geben wir pro Jahr 15 Mio. Euro aus und wickeln damit 40 größere Bauprojekte ab."

Die Erträge aus den Immobilien seien überschaubar, die Haupteinnahmen des diözesanen Budgets von 110 Mio. Euro würden mit etwa 80 Mio. Euro weiter aus dem Kirchenbeitrag kommen. Gute zwei Drittel des Budgets entfielen auf Personalkosten.

Vorgestellt wurden auch die Bemühungen der Diözese um nachhaltige Energieformen, etwa durch den Ausbau von Photovoltaikanlagen. "Vor zwei Jahren hat die Diözese noch acht Gigawattstunden Strom eingekauft, jetzt sind es nur noch sieben", erklärte der Energiemanager Wolfgang Pucher. Die Initiative, unabhängig von Öl und Gas zu werden, sei ebenso erfolgreich.

Innovative Seelsorge

Einige Eindrücke von der Ideenbörse: Viele Menschen könne man bei der "Langen Nacht der Kirchen" erreichen, was einfacher sei, wenn sich ein Seelsorgeraum auf einen Standort pro Jahr festlege, so die Erfahrung im Seelsorgeraum Südsteirisches Weinland. Auf Unterhaltung setzt man im Seelsorgeraum Oberes Mürztal mit der Aktion "Kino in der Kirche" in der Pfarrkirche Hönigsberg. Speziell die Jugend spreche man im Seelsorgeraum Sonnenland Süd-Ost mit "Escape the Church" an, einem Ratespiel, bei dem es nicht darum geht, aus der Kirche auszubrechen, sondern den Tabernakel zu öffnen.

Im Seelsorgeraum Murau veranstaltet man unter dem Motto "Feel the spirit" zusammen mit dem Kulturverein Meditationen mit Musik, die sehr gut ankommen. Auch die Ordensspitäler seien innovativ: So bietet man in Ambulanzen, die oft von älteren Menschen besucht werden, in der Wartezeit Technik-Nachhilfe an. Eine andere Form von Seelsorge, so Diözesanbischof Krautwaschl.

Weiters ging es in den Beratungen auch um die Sakramente Taufe und Eucharistie mit zwei Herausforderungen, wie es hieß: die Taufe durch Laien und die unterschätzte Bedeutung von Wort-Gottes-Feiern. "Angesichts vieler wichtiger Themen in unseren Sitzungen war es diesmal eine Wohltat und Freude, kreative und schon bewährte Ideen in den Seelsorgeräumen miteinander zu teilen. Das macht Mut und gibt Kraft für die Zukunft", so Gerlinde Paar, geschäftsführende Vorsitzende des steirischen Diözesanrates.

Experten: Lebensschutz bleibt kirchlicher Zentralauftrag

Diözesane Lebensschutzbeauftragte diskutierten bei Jahrestagung in Salzburg über Abtreibung, assistierten Suizid, Kommunikation in bioethischen Konflikten und die Begleitung von Menschen in Krisensituationen

Salzburg, 25.03.2026 (KAP) Der Schutz des Lebens von seinem Anfang bis zu seinem natürlichen Ende ist ein kirchlicher Zentralauftrag: Das haben die Lebensschutzbeauftragten der österreichischen Diözesen bei ihrer Jahrestagung am Mittwoch in Salzburg unterstrichen. Im Fokus der Debatten u. a. mit geladenen Experten und Referentinnen standen Fragen des assistierten Suizids, des Umgangs mit und der Begleitung von Menschen in Krisensituationen, Abtreibung sowie Kommunikation in bioethischen Konflikten.

Der zuständige "Lebensschutz-Bischof" Hermann Glettler betonte laut Aussendung der Erzdiözese Salzburg in seinem Grußwort die besondere Herausforderung, über Lebensschutzthemen zu kommunizieren. Es brauche eine Sprache, "die zuerst aus dem Herzen kommt" - einladend, öffnend und niemals verurteilend. Gerade weil diese Themen schwer und emotional aufgeladen seien und die Gefahr von Empörung bestehe, sei eine sensible und dialogorientierte Haltung entscheidend. Auch der Salzburger Bischofsvikar Gerhard Viehhauser strich heraus, dass der Lebensschutz "zu den Grundaufträgen der Kirche" zähle, "da nach biblischer Weisung jedes menschliche Leben heilig ist und unverbrüchliche Würde besitzt".

Der Pädagoge und Familientrainer Christoph Alton berichtete aus seiner langjährigen praktischen Erfahrung im Lebensschutz und stellte seine "Goldgräber Methode" vor, die er seit Jahrzehnten in der Begleitung von Menschen in tiefen Krisen - etwa nach Abtreibung, bei Depressionen, Gewalt oder Suizidgefährdung - anwendet. Im Zentrum steht für ihn das "Auffüllen des Liebestanks" durch echtes Zuhören, Wertschätzung und Beziehung. Auch dem Gebet komme dabei heilende Kraft zu, so Alton.

"Der Welt zeigen, dass uns Lebensschutz etwas wert ist"

Die Buchautorin und Podcasterin Sabina M. Scherer schilderte ihren engagierten Einsatz für den Lebensschutz, für den sie unter anderem in Talkshows öffentlich eintritt. Das Thema Abtreibung sei immer emotional aufgeladen, umso wichtiger sei es, sich fachlich gut auszukennen und nicht nur die eigenen Argumente, sondern auch die Beweggründe, Sorgen und Ängste der Gegenseite zu verstehen. Nur so lasse sich eine gemeinsame Basis finden und ein positives Bild vom Schutz des Lebens zeichnen.

Die Seelsorgerin Sabrina Anderl schilderte die großen pastoralen wie medizinischen Herausforderungen rund um das Thema assistierter Suizid. In Österreich gebe es mittlerweile rund 600 Sterbeverfügungen. Die Nachfrage nach seelsorglicher Unterstützung sei dabei groß - sowohl seitens der Patientinnen und Patienten als auch seitens des Pflegepersonals, der Mediziner und

Angehörigen. Ihr sei es wichtig, niemanden in solch belastenden Situationen allein zu lassen. Zugleich sprach sich Anderl klar für einen Ausbau der Palliativversorgung aus.

Über die Herausforderungen kirchlicher Medienarbeit im Blick auf das Thema Lebensschutz sprach der Pressesprecher der Erzdiözese Wien, Michael Prüller. Die Kirche habe bei Fragen des Lebensschutzes weiterhin eine starke Vorbildfunktion, der sie durch positive Kommunikation entsprechen solle: "Der Welt zeigen, dass uns Lebensschutz etwas wert ist." Die Kirche werde medial häufig in Rollen gedrängt, die nicht der christlichen Botschaft entspreche; umso wichtiger sei es, ein positives und glaubwürdiges Bild vom Lebensschutz zu vermitteln und sich aktiv und ohne Verbitterung in laufende Debatten einzubringen.

"Pro Oriente": Einsatz für den Frieden ist Kernaufgabe der Ökumene

Linzer "Pro Oriente"-Sektion lud zu Vortrag des heimischen Spitzendiplomaten Emil Brix über die verkannte Friedenskompetenz der Kirchen

Linz, 25.03.2026 (KAP) Der Mehrwert der Kirchen für die weltweite diplomatische Friedensarbeit wird vonseiten der Politik noch viel zu wenig wahrgenommen, geschweige denn eingemahnt und genutzt. Das betonte der heimische Spitzendiplomat Emil Brix am Dienstagabend bei einem Vortrag in Linz. Er sprach im Rahmen der Jahreshauptversammlung der Linzer "Pro Oriente"-Sektion zur "Rolle der Kirchen in der diplomatischen Friedensarbeit". Altlandeshauptmann und "Pro Oriente"-Vorsitzender Josef Pühringer wies in seinen einleitenden Worten darauf hin, "dass der Einsatz für den Frieden eine Kernaufgabe der Ökumene ist". Für die Kirchen "kann und darf es kein Vorbei an diesem Thema geben".

Unbestritten seien die Päpste eine wichtige und unverzichtbare Stimme für den Frieden, aber "noch wichtiger ist, dass die christlichen Kirchen gemeinsam glaubwürdige Zeichen für den Frieden setzen", so Pühringer und der "Pro Oriente"-Vorsitzende fügte hinzu: "Im Einsatz für den Frieden dürfen die Unterschiede zwischen den Kirchen keine Rolle spielen."

Die Kirchen müssten sich in der Friedensfrage positionieren und Verantwortung übernehmen, wenn sie relevant bleiben wollen, betonte Pühringer und griff die Ansprache von Papst Leo XIV. beim Angelusgebet am 1. März 2026 auf. Der Papst betonte, dass Frieden und Stabilität nicht durch Waffen, sondern nur durch Dialog zu erreichen seien.

Mangel an Gerechtigkeit

Botschafter Brix ging in seinem Vortrag einleitend der Frage nach, warum nach dem Ende des "Kalten Kriegs" vor 35 Jahren sich keine stabile Weltordnung etabliert habe. Er sah den Grund dafür in der fehlenden Gerechtigkeit, die sich in der stets größer werdenden Kluft zwischen Arm und Reich zeigt - in Europa und ganz besonders in den Ländern des Globalen Südens. Überdies hätten sich die Machtverhältnisse und -ansprüche zwischen USA, China und Russland verschoben, was an den derzeitigen Kriegen und globalen Auseinandersetzungen sichtbar werde.

"Nur durch die Diplomatie werden wir keine vernünftigen Wege zu Gerechtigkeit und Frieden finden", betonte der frühere Direktor der Diplomatischen Akademie in Wien. Es brauche dazu Partner. Und hier seien aus seiner Sicht die Kirchen zu einer solchen Partnerschaft prädestiniert, weil sie einen klaren Friedensauftrag hätten. Brix: "Warum verzichten wir in der Außenpolitik auf die Erfahrung der Kirchen, die selbst einen Weg von einer Gewalt ausübenden Rolle zum Frieden gegangen sind."

Der Diplomat räumte zugleich aber ein, dass der Einsatz der Kirchen für den Frieden weder in der Geschichte noch heute ungebrochen sei. So habe etwa die Serbisch-orthodoxe Kirche in den Jugoslawien-Kriegen zu Gewalt aufgerufen und das jüngste Negativbeispiel sei die bedingungslose Unterstützung des russischen Angriffskriegs auf die Ukraine durch die Russisch-orthodoxe Kirche. Im Blick auf diese Verfehlung des kirchlichen Friedensauftrags sagt Brix: "Keine Kirche

der Welt kann allein einen Krieg beenden, aber es sollte keine dazu beitragen, dass Kriege begonnen werden."

Obwohl Kirchen ihren Friedensauftrag "das ein- oder andere Mal" pervertiert hätten, hielt Brix an der Bedeutung des Friedenspotenzials der Kirchen fest: "Wir müssen uns mit denen verbünden, die immer geopolitisch tätig waren: Das sind die Kirchen." Überdies könnten Kirchen "diskrete Räume des Dialogs schaffen", die für Friedensgespräche unverzichtbar seien. Der Botschafter riet den Kirchen, dass "sie sich offensiver für den Frieden einsetzen". Notwendig sei dabei freilich ein gerechter Friede.

"Das 21. Jahrhundert verlange nach mehr Dialogbereitschaft, nach mehr Friedenswillen, nach mehr Gerechtigkeit und - was zunehmend ein außenpolitisches Thema wird - nach mehr Bewahrung der Schöpfung", resümierte Botschafter Brix. Um diese Herausforderungen zu meistern, brauche es auch die Friedenskompetenz von Religionen.

Vielfältige "Pro Oriente"-Aktivitäten

Die Jahreshauptversammlung der Linzer "Pro Oriente"-Sektion fand bei den Elisabethinen in Linz statt. Vonseiten der Gesamtstiftung nahmen "Pro Oriente"-Präsident Clemens Koja und Generalsekretär Bernd Mussinghoff teil. Bischof Manfred Scheuer leitete im Rahmen der Jahreshauptversammlung in seinem Grußwort mit einem Friedensgebet zum Vortrag von Botschafter Brix über.

Vorsitzender Pühringer gab zudem bei der Sitzung auch einen Überblick über die Aktivitäten von "Pro Oriente" im Jahr 2025: Zu den zehn öffentlichen Veranstaltungen (Vorträge, Ausstellung, Symposium, Begegnungen) seien rund 1.800 Teilnehmende gekommen, zog Pühringer zufrieden Bilanz. Herausragend dabei sei der Vortrag des Münchner Erzbischofs Kardinal Reinhard Marx gewesen, zu dem allein schon 800 Besucher kamen.

Zu den besonderen Aufgaben der Linzer "Pro Oriente"-Sektion gehöre weiters die Begegnung mit den orthodoxen Gemeinden in Oberösterreich. Im Jahr 2025 hätten sich Vertreter der Sektion mit den rumänisch-orthodoxen Gemeinden in Braunau und Vöcklabruck zum Gebet, Kennenlernen und Erfahrungsaustausch getroffen, berichtete Pühringer.

Hilfsorganisationen präsentieren Umfrage zu sozialen Kürzungen

Fachkräfte aus Sozialberatung, Familien-, Arbeits- und Wohnungshilfe weisen auf drohende Notlagen, Versorgungslücken und gesamtgesellschaftliche Folgekosten durch Budgetkürzungen im Sozialbereich hin - Caritas und Volkshilfe an Regierung: "Existenzen sichern statt Existenzängste verstärken"

Wien, 25.03.2026 (KAP) Fachkräfte aus Sozialberatung, Familien-, Arbeits- und Wohnungshilfe warnen vor den negativen Auswirkungen von staatlichen Einsparungen im Sozialbereich. Caritas und Volkshilfe veröffentlichten dazu am Mittwoch Ergebnisse einer Umfrage unter 590 Praktikerrinnen und Praktikern sowie Expertinnen, die auf drohende Notlagen, Versorgungslücken und gesamtgesellschaftliche Folgekosten hinweisen. "Die Umfrage zeigt, dass die größte Last der Budgetkonsolidierung überproportional jene Menschen tragen, die ohnehin schon am Limit sind", betonte Caritas-Präsidentin Nora Tödting-Musenbichler bei einer Pressekonferenz in Wien. Sie sprach von einer "doppelten Schwächung" des Sozialstaats durch die Regierung, da auch bei jenen Einrichtungen gespart werde, die Menschen in Not unterstützen.

Die gesamtgesellschaftlichen Folgen von Kürzungen im Sozialbereich, Kürzungen bei Förderungen und auslaufende Förderungen seien bereits spürbar: "Hilfsangebote werden weniger, und Einrichtungen müssen schließen. 97 Prozent der Befragten erwarten hier weitere Verschärfungen und dass Menschen in Not künftig keine passende Anlaufstelle finden", zitierte Tödting-Musenbichler Ergebnisse aus der Studie. Gleichzeitig rechnen 86 Prozent damit, dass sich Probleme

in andere Bereiche wie das Gesundheits- oder Bildungssystem verlagern, in denen bereits jetzt viele Herausforderungen bestehen. 80 Prozent gehen davon aus, dass ihr Arbeitsbereich von Kürzungen betroffen ist oder sein wird. Mehr als ein Drittel hat bereits konkrete Informationen über Einsparungen, weitere 42 Prozent befürchten, dass es so weit kommt.

So wurde etwa das Sozialpsychiatrische Zentrum der Caritas in Wien oder eine Wohnraumvermittlung für Migranten in der Steiermark geschlossen, erklärte Tödting-Musenbichler. "Damit wird der Druck auf Menschen in Not und auf das System, das sie stützt, erhöht. Das ist nicht nur sozialpolitisch problematisch, sondern auch ökonomisch kurzsichtig", warnte die Caritas-Präsidentin vor Folgekosten der Armut.

Zunahme an psychischen Erkrankungen und Obdachlosigkeit

Konkrete Zahlen, wie Kürzungen die Lebenslagen vieler Menschen laut Experten verschlechtern, nannte Volkshilfe-Direktor Erich Fenninger. Am meisten betroffen seien Kinder, Jugendliche und Familien (66 Prozent), gefolgt von Menschen im Asylverfahren oder mit Schutzstatus (42 Prozent). 90 Prozent der Befragten geben an, dass staatliche Kürzungen jahrelange Integrations- und Stabilisierungsarbeit mit einem Schlag zunichtemachen. 60 Prozent erwarten steigende psychische und gesundheitliche Belastungen, 53 Prozent zunehmende Verschuldung und 52 Prozent wachsende Probleme bei grundlegenden Bedürfnissen wie Lebensmitteln. Fast die Hälfte rechnet mit mehr Wohnungs- und Obdachlosigkeit.

Kürzungen im Sozialbereich verschärften bestehende Ungleichheiten, destabilisierten Lebenslagen und führten langfristig nicht zu Einsparungen, sondern zu höheren Kosten in anderen Bereichen. "Das ist sozial ungerecht und kurzsichtig. Den Preis zahlen wir morgen in Form höherer Gesundheits- und Sozialausgaben, weil sich psychische Belastungen und Bildungsungleichheit heute verstärken", sagte Fenninger.

"Probleme werden von A nach B verschoben"

Tödting-Musenbichler bediente das Bild eines "Verschiebe-Bahnhofs": "Probleme werden von A nach B verschoben und Nöte auf das Abstellgleis geschoben. Die Probleme werden damit nicht kleiner, sondern verstrickter, größer und teurer." Das Doppelbudget 2027/2028 lasse weitere Kürzungen befürchten, so die Caritas-Präsidentin, die drei Forderungen der Hilfsorganisationen an die Regierung präsentierte.

Erstens: "Schluss mit dem Sparen bei den Ärmsten." Für jede Budgetmaßnahme fordern die Hilfsorganisationen einen verpflichtenden Armutscheck, bei dem auch die Auswirkungen der Kürzungen auf armutsgefährdete und armutsbetroffene Menschen überprüft werden. Zweitens: Staatliche Verantwortung. Diese zeige sich in einem Sozialstaat daran, wie mit den Schwächsten in der Gesellschaft umgegangen werde. Drittens: "Eine verantwortungsvolle Budgetpolitik muss Existenzen sichern und nicht Existenzängste verstärken. Dazu braucht es eine echte armutsfeste und bundesweit einheitliche Reform der Sozialhilfe, keine Schnellschüsse oder Symbolpolitik." Armutshilfe sei für einen starken Sozialstaat kein Kostenfaktor, sondern eine Investition in Stabilität, Gesundheit, Perspektiven und sozialen Frieden.

Pflege: Neues Caritas-Ausbildungszentrum in Wien eröffnet

Vertreter von Caritas, AMS, waff und Bildungsdirektion warnen vor Versorgungslücke bei Pflege - Bis zu 75.000 zusätzliche Kräfte bis 2030 benötigt - Caritasdirektor Schwertner: Ruf nach Gesamtstrategie

Wien, 25.03.2026 (KAP) Vor dem Hintergrund einer alternden Gesellschaft, eines steigenden Pflegebedarfs und Pflegekräftemangels haben die Caritas der Erzdiözese Wien, AMS, waff und Bildungsdirektion Wien am Donnerstag das neue Ausbildungszentrum für Pflege- und Sozialbetriebsberufe in der Seegasse eröffnet. "Wir werden alle älter, und damit steigt der Pflegebedarf",

so Caritasdirektor Klaus Schwertner und er verwies auf aktuell rund eine halbe Million Pflegegeldbezieher, deren Zahl sich bis 2050 verdoppeln soll. Allein bis 2030 würden bis zu 75.000 zusätzliche Pflege- und Betreuungspersonen in Österreich benötigt, davon 9.000 in Wien. Ohne zusätzliche Maßnahmen drohe eine deutliche Versorgungslücke, so Schwertner, der eine politische "verlässliche und umfassend finanzierte Gesamtstrategie" forderte.

"Das Thema Pflege soll nicht selbst zum Pflegefall werden", sagte Schwertner, der u.a. eine Aufwertung der Sozialbetreuungsberufe forderte: "Sie sind unverzichtbar für eine funktionierende Versorgung und müssen in Planung, Finanzierung und politischen Entscheidungen berücksichtigt werden." Zwar gäbe es zunehmendes Interesse am Pflegeberuf, die Zahl der Auszubildenden reiche jedoch nicht aus. Nötig sei daher eine bessere Finanzierung der Ausbildung, langfristig abgesicherte Pflegestipendien sowie stärkere Unterstützung für Ausbildungsträger. Ziel müsse sein, "Pflege von morgen zukunftsfit" zu machen, sowie eine faire Finanzierung der Schulen, die über einzelne Förderungen hinausgeht.

Förderinstrumente und Job-Sicherheit

AMS-Vorstand Johannes Kopf verwies auf den Ausbau von Förderinstrumenten. Das seit 2023 bestehende Pflegestipendium sei stark ausgeweitet worden: Bis 2025 erhielten rund 20.450 Personen diese Unterstützung, insgesamt wurden dafür rund 170 Millionen Euro aufgewendet. Zugleich brauche es zusätzliche Ausbildungsplätze, da die demografische Entwicklung den Bedarf weiter erhöhen werde, so Kopf, der die Pflege als "Zukunftsberuf mit guter Job-Sicherheit" bezeichnete.

Der Geschäftsführer der waff (Wiener Arbeitnehmer*innen Förderungsfonds), Marko Miloradovic, betonte die wachsende Bedeutung von Quereinsteigerinnen und Quereinsteigern. In den vergangenen Jahren seien rund 11.000 Wienerinnen und Wiener in Pflege- und Betreuungsberufe eingestiegen. Neben der Ausbildung seien auch Berufsorientierung, Beratung und finanzielle Unterstützung entscheidend, um neue Zielgruppen zu erreichen. Der stellvertretende Wiener Bildungsdirektor Arno Langmeier bezeichnete Ausbildungszentren wie jenes in der Seegasse als "Herzkammern des Sozialsystems" für die Fachkräftesicherung. Angesichts einer steigenden Zahl hochbetagter Menschen komme der Verbindung von Ausbildung und Praxis sowie der Qualifizierung von Erwachsenen besondere Bedeutung zu.

Ausbildungszentren

Der Standort Seegasse blickt auf eine mehr als 75-jährige Tradition in der Ausbildung sozialer Berufe zurück und wurde zuletzt ausgebaut. Das Ausbildungsangebot reicht von einer berufsbildenden Schule bis zu praxisnahen Aus- und Weiterbildungslehrgängen für Pflege und Sozialbetreuung. Das neu eröffnete Ausbildungszentrum bietet jährlich rund 350 Ausbildungsplätze sowie Weiterbildungsangebote für etwa 200 Personen. Der Schwerpunkt liegt auf Erwachsenen ab 17 Jahren und Quereinsteigern. Ziel sei eine "optimale Vorbereitung auf den Arbeitsplatz der Zukunft", so Daniela Rohm, Leiterin Schulen und Ausbildung bei der Caritas der Erzdiözese Wien.

Die Caritas betreibt österreichweit 20 Schulstandorte in sechs Bundesländern, an denen rund 5.000 Auszubildende in den Bereichen Pflege, Soziales bzw. Sozialwirtschaft lernen. Davon absolvieren etwa 3.000 eine Schule für Sozialbetreuungsberufe (SOB). Seit 2020 bietet die Caritas außerdem an Höheren Lehranstalten für Pflege und Sozialbetreuung (HLSP) fünfjährige Ausbildungen mit Matura sowie an Fachschulen Ausbildungen mit Pflegevorbereitung an.

(Link: www.abz.caritas-schule.at)

Familienverband: Kindergärten gehören in Bundeshand

Katholischer Familienverband warnt vor Gemeindebund-Überlegungen, Kinderbetreuung ausschließlich in Gemeindeverantwortung zu übertragen und befruchtet Flickenteppich

Wien, 25.03.2026 (KAP) Eine Absage erteilt der Katholische Familienverband Österreichs (KFÖ) den jüngsten Überlegungen von Gemeindebund-Präsident Johannes Pressl, den Bereich Kinderbetreuung ausschließlich in den Verantwortungsbereich der Gemeinden zu übertragen. "Heute schon ist die Versorgungssituation mit Betreuungseinrichtungen regional bedingt höchst unterschiedlich", so KFÖ-Präsident Peter Mender in einer Aussendung am Mittwoch: "Wenn ausschließlich die Gemeinden für Kinderbetreuung zuständig sind, ist zu befürchten, dass die vielen 'Klein-Klein'-Lösungen zu einem Flickenteppich führen, bei dem Qualität, Öffnungszeiten und Betreuungsschlüssel vom jeweiligen Gemeindebudget abhängen. Das ist weder fair noch zukunftsorientiert."

Der Präsident des Familienverbandes zeigte sich überzeugt, dass es ein bundesweit einheitliches Rahmengesetz für Kinderbetreuungseinrichtungen brauche, das den zentralen Fokus auf den Betreuungsschlüssel legt und trotzdem Gestaltungsmöglichkeiten für regionale Gegebenheiten lässt. "Nur so kann die notwendige Qualität und sichere Bindung gewährleistet werden", so Mender.

Abgesehen von der Vereinbarkeit von Beruf und Kinderbetreuung für Eltern komme den Kindergärten eine immer größere Bedeutung bei der Integrations- und Sprachförderung zu, so der KFÖ-Präsident weiter: "Gerade hier braucht es verlässliche, bundesweit einheitliche Rahmenbedingungen und ein durchdachtes Gesamtkonzept und keine kleinteiligen Strukturen."

Der Katholische Familienverband fordert daher, die Elementarpädagogik noch stärker auf Bundesebene zu bündeln, um allen Kindern gleiche Chancen zu garantieren. Mender: "Kindergärten sind Bildungseinrichtungen. Es kann nicht sein, dass die Postleitzahl über die Qualität und Öffnungszeiten eines Kindergartenplatzes entscheidet. Frühkindliche Bildung und Sprachförderung müsse endlich den Stellenwert erhalten, "der ihnen zusteht".

Weil bundesweit 21 Prozent der Kinder bei Schuleintritt nicht ausreichend Deutsch sprechen, schlägt der Katholische Familienverband zudem vor, Migrantinnen und Migranten mit guten Deutschkenntnissen zu Sprachassistentinnen und -assistenten für Kindergärten auszubilden. "Dabei würde man gezielt von der Mehrsprachigkeit profitieren, diese als Ressource nutzen und auch die Gleichstellung der Migrantinnen unterstützen", so Mender. Gleichzeitig stellt er aber klar, dass das Projekt nur erfolgreich sein kann, wenn diese Sprachassistentinnen mit den Kindern Deutsch sprechen. Für Kinder mit Migrationshintergrund wäre dies ein Gewinn, weil sie so im Kindergartenalltag spielerisch die deutsche Sprache erlernen. "Gleichzeitig würde dieser Ansatz die Integration stärken und dem Personalmangel bei den Elementarpädagoginnen entgegenwirken", so der Familienverbandspräsident.

Ordensspitäler OÖ: Beschäftigte stimmen KV-Angebot zu

Gewerkschaft: Aktuelle Einigung auf zusätzlichen Zeitbonus "ein wichtiges Signal, aber noch keine strukturelle Lösung" - Politik in der Pflicht - Ordensspitäler: "Gemeinsam Lösungen entwickeln"

Linz, 25.03.2026 (KAP) Nach acht Verhandlungsrunden sowie zwei Streiktagen hat das nicht-ärztliche Personal in den oberösterreichischen Ordensspitälern das Kollektivvertragsangebot der Arbeitgeber angenommen. 88 Prozent stimmten für die Annahme eines in der vergangenen Woche erzielten Verhandlungsergebnisses, teilte die Gewerkschaft vida am Mittwoch mit. Es umfasst demnach eine Erhöhung der Gehälter und Zulagen um 3,3 Prozent ab Juli bei einer Laufzeit von einem Jahr. Der Zeitbonus der Beschäftigten wird um 15 Stunden pro Jahr erhöht.

Die 15 Stunden zusätzlicher Zeitbonus seien "ein wichtiges Signal, aber noch keine strukturelle Lösung" hinsichtlich der von den Arbeitnehmern geforderten Arbeitszeitverkürzung, betonte vda-KV-Verhandlerin Martina Reischenböck. "Die Arbeitszeit muss runter - wenn nicht jetzt, dann in den kommenden Verhandlungen", machte sie deutlich.

Die zentrale Forderung nach einer echten Arbeitszeitverkürzung bleibe aufrecht. Für deren Umsetzung sieht die Gewerkschaft vorrangig die Politik in der Pflicht. Das Land Oberösterreich müsse sich künftig stärker in die Lösungsfindung einbringen. "Eine nachhaltige Entlastung im Gesundheitsbereich wird es nur geben, wenn die politischen, finanziellen Rahmenbedingungen dafür zur Verfügung gestellt werden. Hier gilt: besser jetzt handeln als später", so Reischenböck.

Ordensspitäler: "Gemeinsam Lösungen entwickeln"

Man nehme die große Zustimmung zu dem Maßnahmenpaket zur Kenntnis, hieß es am Mittwoch in einer Stellungnahme der Ordensspitäler Oberösterreich. Die notwendigen weiteren Schritte würden nun in die Wege geleitet. "Unabhängig davon bleiben regelmäßige Abstimmungen wesentlich, um die Arbeitsbedingungen stets im Blick zu behalten und dort, wo es erforderlich ist, gemeinsam Lösungen zu entwickeln", wurde weiter betont. Dies erfolge in bewährter Zusammenarbeit mit den Betriebsräten und im direkten Dialog mit den Mitarbeitenden.

Die Ordensspitäler Oberösterreich betreiben Krankenhäuser in Linz, Ried, Braunau, Wels-Grieskirchen und Sierning. Zusammen beschäftigen sie rund 10.000 Mitarbeiter, versorgen 52 Prozent der stationären Patienten des Bundeslandes und führen 51 Prozent aller ambulanten Patientenkontakte durch. Das Land Oberösterreich finanziert die Einrichtungen.

Stift Klosterneuburg lädt zum Dialog über die Würde des Menschen

Neue Veranstaltungsreihe "Klosterneuburger Diskurse" startet am 16. April

Wien, 25.03.2026 (KAP) Mit den "Klosterneuburger Diskursen" startet das Stift Klosterneuburg eine neue Veranstaltungsreihe, die Menschen zusammenbringen und den Austausch unterschiedlicher Perspektiven fördern möchte. Die Auftaktveranstaltung findet am 16. April 2026 statt. In mehreren Veranstaltungen steht 2026 die Würde des Menschen im Fokus. Expertinnen und Experten aus Theologie, Geschichte und Gesellschaft beleuchten das Thema aus unterschiedlichen Perspektiven.

In einer Zeit wachsender Polarisierung, digitaler Echokammern und gesellschaftlicher Entfremdung werde respektvoller Dialog zunehmend schwieriger, heißt es in einer Aussendung des Stifts. Menschen würden oft in "gut" oder "böse" eingeteilt, Feindbilder entstünden und Versöhnung scheinbar kaum mehr möglich. Umso wichtiger seien Räume für offene Gespräche über zentrale gesellschaftliche Fragen. Die "Klosterneuburger Diskurse" wollen dafür einen Rahmen schaffen und laden dazu ein, "gemeinsam zu reflektieren, was verbindet - und was trennt".

Anlässlich des 250. Jahrestags der amerikanischen Unabhängigkeitserklärung steht die erste Diskussion am 16. April unter dem Thema "Sind alle Menschen gleich geboren? Wie verbinden sich die Ideen Thomas Jeffersons mit der Herrschaft Maria Theresias?". Diskutanten sind der Wiener Historiker Thomas Wallnig und der aus den USA stammende Klosterneuburger Stiftskämmerer Elias Carr. (19 Uhr, Augustinussaal)

Am 18. Mai diskutieren der aus Indien stammende Ordensmann und Dogmatikprofessor Antony Arockiam, der Salzburger syrisch-orthodoxe Theologe Aho Shemunkasho und die über Jahrzehnte im Kongo tätige steirische Ordensfrau Sr. Brigitta Raith zum Thema "Prägen Religionen Kulturen? Die Macht sozialer und religiöser Hierarchien." (19 Uhr, Augustinussaal)

Weitere Veranstaltungen gibt es am 4. und 17. September, 14. Oktober und 3. Dezember. (Alle Infos unter: www.stiftklosterneuburg.at)

Wegen Wettersturz: "Kreuzweg Extrem" wird zu "Mei'Andacht Xtrem"

Für Freitag im Burgenland geplante 28-Kilometer-Pilgerwanderung aus Sicherheitsgründen abgesagt

Eisenstadt, 25.03.2026 (KAP) Sicherheit geht vor: Wegen der für Freitag angekündigten Sturmböen und Starkregens haben Katholische Jugend und Jungschar in der Diözese Eisenstadt den an diesem Tag geplanten "Kreuzweg Extrem" abgesagt. Die prognostizierte Wetterlage mache die Durchführung des 28 Kilometer langen Pilgerwegs von Wulkaprodersdorf durch die Siegendorfer Puszta bis zum Papstkreuz in Trausdorf unmöglich, teilte die burgenländische Diözese am Mittwoch mit. Als Ersatz kündigen die Organisatoren bereits jetzt für 22. Mai die "Mei'Andacht Xtrem" an.

"Die Gesundheit und Sicherheit unserer Teilnehmerinnen und Teilnehmer stehen an erster Stelle. Bei Orkanböen und massivem Niederschlag wäre die Wanderung durch die offene Puszta-Landschaft schlichtweg zu gefährlich", erklärte Mario Bachhofer, Leiter der Jungen Kirche der Diözese Eisenstadt.

Damit jene, die sich schon auf den Kreuzweg gefreut haben, dennoch ein Ziel vor Augen haben, präsentierte das Team bereits eine Alternative. Unter dem Motto "An Grenzen gehen - Gemeinschaft erleben - innerlich wachsen" wird am 22. Mai zur "Mei'Andacht Xtrem" geladen. Auch hier steht ein stundenlanger gemeinsamer Marsch durch die Siegendorfer Puszta mit geistigen Impulsen im Mittelpunkt. (Informationen: <https://www.martinus.at/2026/03/12/dein-weg.-deine-grenzen.-deine-kraft-meinandacht-extrem-2026>)

Auslandskatastrophenfonds: NGOs begrüßen Freigabe von Geldern

"AG Globale Verantwortung": Regierungsbeschluss, sieben Millionen Euro bereitzustellen, ermöglicht mehr Vorausschau und Planbarkeit in der Humanitären Hilfe - Fonds aber grundsätzlich nicht ausreichend dotiert

Wien, 25.03.2026 (KAP) Der NGO-Dachverband "AG Globale Verantwortung" hat am Mittwoch in einer Aussendung die frühzeitige Bereitstellung von Geldern aus dem Auslandskatastrophenfonds begrüßt. Der Ministerrat hat am Dienstag beschlossen, sieben Millionen Euro aus dem AKF für Humanitäre Hilfe u. a. im Libanon, in Syrien, Jordanien, Afghanistan, Äthiopien, Mosambik und Uganda bereitzustellen. Diese Ausschüttung im ersten Quartal ermögliche mehr Vorausschau und Planbarkeit in der Humanitären Hilfe, so die AG. Ein weiterer Aspekt stehe allerdings noch aus: die substanzielle Erhöhung der Gelder in diesem und in den folgenden Jahren. Der auf 35 Millionen Euro gekürzte AKF reiche bei weitem nicht aus, um den tatsächlichen Bedarfen notleidender Menschen gerecht zu werden.

Der seit knapp einem Monat wütende Krieg im Iran und im Libanon reihe sich in eine beispiellose Anzahl gleichzeitiger Konflikte und Krisen ein, die immer länger andauern. Das seit Jahren unterfinanzierte internationale Hilfssystem könne immer weniger Schritt halten, so die AG. Die Vereinten Nationen würden davon ausgehen, dass nur etwas über die Hälfte der 250 Millionen Menschen, die derzeit auf Humanitäre Hilfe angewiesen sind, diese auch erhalten werden.

In der gegenwärtigen dramatischen Weltlage würden die Kürzungen in der Humanitären Hilfe und in der internationalen Entwicklung auch zunehmend die Handlungsfähigkeit der österreichischen Regierung beschneiden, warnte die AG. Österreichs Stärke liege zudem in partnerschaftlicher Zusammenarbeit, Vertrauen und Dialogbereitschaft, für die es sowohl in Partnerländern und Krisengebieten als auch in Österreich ein erfahrenes Gegenüber brauche, das verlässlich an der Seite der Menschen steht: die Zivilgesellschaft. ein weiteres Argument, gedrade in

diesem Bereich nicht zu kürzen, so die AG, sondern die österreichische Humanitäre Hilfe substanziell zu erhöhen.

V A T I K A N & R O M

Vatikan: Mehr kirchliche Teilhabe für Arme und Marginalisierte

Im weltweiten synodalen Prozess angestoßene Studiengruppe legt Vorschläge zum Thema Entwicklung, soziale Gerechtigkeit und Bewahrung der Schöpfung vor

Vatikanstadt, 25.03.2026 (KAP) Die katholische Kirche will arme und an den Rand gedrängte Menschen stärker beteiligen. Dazu hat die Studiengruppe 2 des römischen Synodensekretariats nun Vorschläge zum Thema Entwicklung, soziale Gerechtigkeit und Bewahrung der Schöpfung vorgelegt. Der Bericht "Den Schrei der Armen hören" entstand im Rahmen der von Papst Franziskus (2013-2025) angestoßenen Weltsynode zur Synodalität und wurde am Dienstag vom Vatikan veröffentlicht.

Unter anderem empfiehlt das 42 Seiten umfassende Dokument die Gründung einer kirchlichen Behörde für Seelsorge und Teilhabe von Menschen mit Behinderung. Diese solle von einer betroffenen Person gemeinsam mit einem Bischof geleitet werden.

Mehr Frauen und nichtweiße Personen

Vertreter vulnerabler Gruppen, Frauen und Persons of Color (nichtweiße Menschen) sollten stärker in kirchlichen Gremien vertreten sein. Für die Unterstützung indigener Völker sowie von Menschen, die aufgrund des Kastensystems diskriminiert werden, schlägt der Bericht den Aufbau regionaler und internationaler Strukturen vor. Für Seelsorge-Mitarbeitende soll es in Fragen sozialer und ökologischer Gerechtigkeit ständige Fortbildungen geben.

Der kirchliche Einsatz für Menschenrechte und Umwelt dürften nicht isoliert betrachtet werden, so die Autorinnen und Autoren des Abschlussberichts. "Der Schrei der Armen und der Schrei der Erde müssen gemeinsam, nicht getrennt voneinander angegangen werden."

Ebenso müsse es in kirchlichen Beratungsgremien auf allen Ebenen mehr Theologen geben, die aus armen, an den Rand gedrängten oder generell unterrepräsentierten Gemeinschaften stammen. Der Zugang zu theologischer Bildung für Laien, speziell für Frauen aus marginalisierten Kontexten, sei zu erleichtern. Generell setzt der Bericht auf eine stärkere Zusammenarbeit von Laien, Ordensleuten und Klerikern.

Geistliche und Laien

Am Abschlussbericht der Studiengruppe 2 hatten geweihte und nicht geweihte Katholiken, Theologen und Seelsorgende aus verschiedenen Ländern mitgearbeitet. Geleitet wurden die Beratungen vom Leiter der Vatikan-Behörde für die ganzheitliche Entwicklung des Menschen, Kardinal Michael Czerny. Der Bericht lag zunächst in italienischer und englischer Sprache vor sowie in Form einer Zusammenfassung auch auf Spanisch, Portugiesisch und Französisch.

Die katholische Weltsynode zur Synodalität wurde 2021 von Papst Franziskus für ein neues Miteinander in der Kirche ins Leben gerufen. Sie fand mit der zweiten Vollversammlung im Oktober 2024 im Vatikan ihren vorläufigen Abschluss. Die Umsetzungsphase der Beschlüsse soll im Herbst 2028 in eine globale "kirchliche Versammlung" in Rom münden.

(Bericht "Den Schrei der Armen hören" auf Website des Generalsekretariats der Synode: <https://www.synod.va/en/the-synodal-process/phase-3-the-implementation/the-study-groups/final-reports/group-2.html>)

Papst: Hierarchische Ordnung der Kirche ist nicht menschengemacht

Leo XIV. setzt bei Generalaudienz Betrachtungen zum Konzilsdokument "Lumen gentium" fort - Erneute Papst-Appelle für Frieden und Schutz des Lebens

Vatikanstadt, 25.03.2026 (KAP) Papst Leo XIV. hat den hierarchischen Aufbau der katholischen Kirche erläutert. Jesus Christus habe seine Kirche auf das Fundament der Apostel gegründet, sagte er am Mittwoch bei der Generalaudienz auf dem Petersplatz. Die hierarchische Verfassung der Kirche sei daher nicht Menschenwerk, sondern göttliche Stiftung, um den Auftrag der Verkündigung, die Christus den Aposteln anvertraut habe, bis ans Ende der Zeiten fortzuführen.

"Dies geschieht durch das hierarchische Priestertum, das sich vom gemeinsamen Priestertum der Gläubigen unterscheidet", sagte er unter Verweis auf ein Dokument des Zweiten Vatikanischen Konzils (1962-1965). Dessen Beschlüsse sind seit einigen Wochen Thema seiner Ansprachen bei den wöchentlichen Generalaudienzen.

Drei Stufen des Weihesakraments

Diese "heilige Vollmacht" entfalte sich über die drei Stufen des Weihesakraments: das Bischofsamt, das Priestertum und den Diakonat. "Mit dem Adjektiv 'hierarchisch' möchte das Konzil daher den heiligen Ursprung des apostolischen Dienstes im Wirken Jesu, des Guten Hirten, sowie seine inneren Zusammenhänge aufzeigen", sagte Leo XIV. mit Blick auf die Dogmatische Konstitution "Lumen gentium" des Zweiten Vatikanums. Kapitel 3 befasst sich mit der hierarchischen Verfassung der Kirche und insbesondere mit dem Bischofsamt. Dieses Amt, das Christus den Hirten seines Volkes anvertraut habe, sei ein "wahrer Dienst" und in erster Linie mit Aufgaben verbunden, unterstrich der Papst.

Appelle für Frieden und Schutz des Lebens

Nach seiner Katechese erinnerte Leo XIV. bei der Generalaudienz an den in Polen begangenen "Tag der Heiligkeit des Lebens" mit Initiativen zum Schutz ungeborener Kinder. "In einer Zeit, die vom Wahnsinn des Krieges geprägt ist, ist es wichtig, das Leben von der Empfängnis bis zu seinem natürlichen Ende zu verteidigen."

Bereits am Dienstagabend hatte der Papst mit Blick auf die internationale Lage einmal mehr Frieden und Dialog angemahnt. Es gelte, "für den Frieden zu arbeiten, aber nicht mit Waffen", so der Papst vor Journalisten in Castel Gandolfo. Er sei besorgt darüber, dass in der Welt der Hass zunehme, die Gewalt immer schlimmer werde und viele Tote zu verzeichnen seien. "Wir wollen für den Frieden beten", so Leo XIV. vor seiner Rückkehr nach Rom. "Ich fordere alle Verantwortlichen auf, wirklich im Dialog zu arbeiten, um die Probleme zu lösen."

Fürst Albert erwartet politischen Appell des Papstes in Monaco

Eintägiger Besuch des Kirchenoberhauptes im Fürstentum am kommenden Samstag auch im Zeichen des Rufs nach Weltfrieden und Bewahrung der Schöpfung

Rom, 25.03.2026 (KAP) Fürst Albert erwartet, dass Papst Leo XIV. seinen eintägigen Besuch in Monaco zu einem Appell für Frieden und Bewahrung der Schöpfung nutzen wird. Der italienischen Tageszeitung "Corriere della Sera" sagte Albert, er sei selbst überrascht gewesen, dass Leo XIV. die Einladung so rasch angenommen habe, die er ihm bei seinem Besuch im Vatikan im Jänner überbrachte. "Das ist ein unerwarteter Segen", so der Fürst.

Albert deutete in dem Interview an, dass es eine amerikanische Verbindung zwischen ihm und dem Papst gebe. Verwandte seiner Mutter Grace Kelly (1929-1982) hätten an der Villanova Universität im US-Bundesstaat Pennsylvania studiert, an der auch der junge Robert Prevost seinen

Abschluss gemacht habe. Einige Mitglieder aus seiner amerikanischen Verwandtschaft würden deshalb auch beim Papstbesuch in Monaco dabei sein.

In dem Interview sagte der Chef von Europas längst regierendem Fürstenhaus, er rechne damit, dass der Papst seine Ansprache vom Balkon des Palastes für einen umfassenden Appell nutzen werde. Inhaltlich werde es um den Weltfrieden und um die Bewahrung der Schöpfung gehen.

Zum Vorwurf, dass Monaco ein Ort mondäner Ereignisse sei, die nicht zur christlichen Botschaft passten, erklärte der Fürst, auch mondäne Feste wie der große Ball von Monaco dienen dem Sammeln von Spenden für Solidaritätsprojekte. Monaco sei "eine Gemeinschaft mit einem ernsthaften christlichen Glauben und offen für die Welt".

Veto gegen Abtreibungsfreigabe

Der Fürst verteidigte zudem sein jüngstes Veto gegen eine Liberalisierung der Abtreibung in Monaco. Im November hatte der katholische Herrscher sich geweigert, ein Gesetz zu unterschreiben, wonach Abtreibungen bis zur 12. Schwangerschaftswoche straffrei werden sollten. In dem Interview sagte er dazu: "Mir war es wichtig, den Respekt vor dem Leben sicherzustellen."

Papst Leo XIV. besucht Monaco am Samstag. Er reist von Rom aus mit dem Hubschrauber an, so dass keine Landung auf einem französischen Flughafen erforderlich ist. Bei dem neunstündigen Besuch will der Papst vier Ansprachen halten und eine Messe im Fußballstadion des Fürstentums feiern. Der letzte Papstbesuch in Monaco liegt fast 500 Jahre zurück. Im Jahr 1538 machte Paul III. auf dem Rückweg von den spanisch-französischen Friedensverhandlungen in Nizza Station im Fürstentum.

Australier wird oberster Kirchenrechtsexperte im Vatikan

Papst ernennt Anthony Randazzo zum Präfekten des Dikasteriums für die Gesetzestexte

Vatikanstadt, 25.03.2026 (KAP) Papst Leo XIV. hat den australischen Bischof Anthony Randazzo (59) zum Präfekten des vatikanischen Dikasteriums für die Gesetzestexte ernannt. Der bisherige Diözesanbischof von Broken Bay in Australien folgt auf Erzbischof Filippo Iannone (68), den der Papst im September zum Präfekten des Bischofsdikasteriums ernannt hatte.

Randazzos Eltern waren aus Süditalien nach Australien ausgewandert. Er studierte Kirchenrecht an der Päpstlichen Universität Gregoriana in Rom. Im Vatikan war er bereits von 2004 bis 2008 im Glaubensdikasterium tätig. Nach seiner Rückkehr nach Australien leitete er das Priesterseminar in Brisbane.

Papst Franziskus (2013-2025) ernannte Randazzo 2016 zum Weihbischof in Sydney und 2019 zum Bischof von Broken Bay. Seit 2023 leitete er zudem den Verbund der Bischofskonferenzen von Ozeanien und nahm als dessen Vertreter auch an den Versammlungen der Weltsynode über Synodalität 2023/24 in Rom teil.

Luxemburger Pauly wird neuer Aufsichtsratschef der Vatikanbank

Aktueller Chef der Finanz- und Versicherungsgruppe La Luxembourgeoise folgt im IOR auf den Franzosen Jean-Baptiste Douville de Franssu

Vatikanstadt, 25.03.2026 (KAP) Francois Pauly (61), derzeit Chef der Finanz- und Versicherungsgruppe La Luxembourgeoise, wird neuer Aufsichtsratschef der Vatikanbank IOR. Wie das Geldinstitut am Mittwoch in Rom mitteilte, soll Pauly in der Aufsichtsratssitzung am 28. April ernannt werden. Bis dahin bleibt der Franzose Jean-Baptiste Douville de Franssu (62) im Amt. Er leitet die Geschicke des vatikanischen Geldinstituts seit 2014.

Douville de Franssu zog aus Anlass des bevorstehenden Wechsels eine positive Bilanz seiner Tätigkeit beim IOR. Das Institut habe seit 2014 nach einer langen Zeit mit Management-Problemen eine tiefgreifende strukturelle Transformation hinter sich gebracht. Es sei nun international anerkannt und liefere solide finanzielle Ergebnisse. Derzeit diene es 12.000 Kunden weltweit sowie dem Papst und dem Heiligen Stuhl und der katholischen Kirche insgesamt.

Kardinal Giuseppe Petrocchi, seit rund zwei Monaten Nachfolger von Kardinal Christoph Schönborn als Präsident der Kardinalskommission, die das IOR leitet, dankte dem scheidenden Bankdirektor für seinen Dienst und für seinen Beitrag zur Erneuerung des IOR. Er sei zuversichtlich, dass die Bank auch unter seinem Nachfolger der universalen Kirche dienen werde.

Papst sucht neue Wege für Anhänger der Alten Messe in Frankreich

Kardinalstaatssekretär Parolin in Schreiben an französische Bischöfe: Unter Beachtung der vom Zweiten Vatikanischen Konzil gewünschten Orientierung in liturgischen Fragen "konkrete Lösungen finden, die es ermöglichen, die Menschen großzügig anzunehmen, die der Alten Messe verbunden sind"

Vatikanstadt, 25.03.2026 (KAP) Der Papst hat die katholischen Bischöfe Frankreichs aufgefordert, den Anhängern der sogenannten Alten Messe unter den Priestern und Gläubigen entgegenzukommen. Wie der französische Dienst von "Vatican News" am Mittwoch berichtet, ist die Bitte in einem Brief von Kardinalstaatssekretär Pietro Parolin enthalten, der bei der derzeitigen Vollversammlung der Bischöfe in Lourdes zur Kenntnis genommen werden sollte. Die Bischöfe halten dort vom 24. bis 27. März ihre Frühjahrsvollversammlung ab.

Zum Thema der Tridentinischen Messe, also der außerordentlichen Form des Römischen Ritus, die unter Frankreichs Katholiken viele Anhänger hat, heißt es in dem Schreiben: "Dieses Thema verfolgt der Heilige Vater mit besonderer Aufmerksamkeit angesichts des Wachstums der Gemeinschaften, die der Alten Liturgie verbunden sind." Es sei "besorgniserregend, dass sich wegen der Feier der Messe, die doch das Sakrament der Einheit ist, eine schmerzhaft Wunde in der Kirche immer weiter auftut".

Wunden im Liturgiestreit heilen

Um sie zu heilen, sei ein neuer Blick aufeinander von beiden Seiten notwendig. Dieser Blick könne die "Brüder einander im Reichtum ihrer Verschiedenheit annehmen lassen, in der Liebe und in der Einheit des Glaubens". Den französischen Bischöfen wünschte er, dass sie "konkrete Lösungen finden, die es ermöglichen, die Menschen großzügig anzunehmen, die der Alten Messe verbunden sind", unter Beachtung der vom Zweiten Vatikanischen Konzil gewünschten Orientierung in liturgischen Fragen.

In dem Brief ruft Parolin die Bischöfe im Auftrag des Papstes zudem auf, die katholischen Schulen in Frankreich gegen "wachsende Anfeindungen" zu verteidigen. Es gelte, die christliche Dimension der katholischen Erziehung zu verteidigen, die ohne einen Bezug auf Jesus Christus ihre Daseinsberechtigung verlieren würde.

Ermutung für angefeindete Priester

Ferner bestärkt der Papst die katholische Kirche in Frankreich in ihrem Kampf gegen sexuellen Missbrauch von Minderjährigen sowie in ihrem Einsatz für Entschädigungen und für Vorbeugung. Zugleich rief er die Bischöfe dazu auf, auch die schuldig gewordenen Missbrauchstäter nicht zu ignorieren. Im Übrigen sei es an der Zeit, "nach mehreren schmerzhaften Jahren die Zukunft entschlossen in den Blick zu nehmen und den schwer geprüften Priestern in Frankreich ein Wort der Ermutung und des Vertrauens zu sagen".

A U S L A N D

Erzdiözese Krakau sieht Umgang Wojtylas mit Missbrauch differenziert

Sprecher: Späterer Papst ging als Erzbischof in den 1970ern gegen Täter vor und beachtete staatliche Gesetze und das Kirchenrecht, er kümmerte sich aber nicht um Missbrauchsbedroffene

Krakau, 25.03.2026 (KAP) Die südpolnische Erzdiözese Krakau betrachtet den Umgang ihres ehemaligen Bischofs Karol Wojtyla, des späteren Papstes Johannes Paul II. (1978-2005), mit Betroffenen von sexuellem Missbrauch inzwischen kritisch. "Er hat sich nicht um die Geschädigten gekümmert", sagte Diözesansprecher Piotr Studnicki laut Katholischer Nachrichten-Agentur (KNA; Mittwoch) dem Wochenmagazin "Tygodnik Powszechny". Karol Wojtyla habe damals nicht erkannt, "wie wichtig es ist, die Perspektive der Missbrauchsbedroffenen einzunehmen, sich mit ihnen zu treffen und ihnen zuzuhören".

Wojtyla war von 1964 bis zu seiner Papstwahl 1978 Erzbischof von Krakau. Damals ging der 2014 heiliggesprochene Papst laut dem Diözesansprecher allerdings gegen jene Priester vor, die Kindern Leid zugefügt hatten. Studnicki betonte, Kardinal Wojtyla habe in diesen Fällen die damaligen staatlichen Gesetze und das Kirchenrecht beachtet.

Wenn man Wojtylas Reaktionen aber aus heutiger Sicht beurteile, "können wir enttäuscht sein, dass er keine Maßnahmen ergriffen hat, die uns heute selbstverständlich erscheinen", erklärte er. Obwohl der heutige Heilige von der moralischen Verwerflichkeit von Pädophilie überzeugt gewesen sei, "blieb er nicht frei von Fehlern".

"Rzeczpospolita": Missbrauchsfälle nicht vertuscht

Zuletzt hatte eine Recherche der Zeitung "Rzeczpospolita" ergeben, dass Wojtyla in seiner Zeit als Erzbischof von Krakau Missbrauchsfälle nicht vertuschte, sondern Maßnahmen gegen Täter ergriff. Die Zeitung konnte in den vergangenen Wochen Dokumente aus dem Archiv der Erzdiözese auswerten, nachdem der neue Krakauer Erzbischof Kardinal Grzegorz Rys das Archiv für solche Untersuchungen geöffnet hatte.

"Die Forschungsergebnisse zeigen, dass wir keine Scheu davor haben sollten, kirchliche Archive für Forschungszwecke zu öffnen. Keine noch so schwierige und schmerzhaft Geschichte ist so beängstigend wie verschlossene Archive", sagte Diözesansprecher Studnicki laut OSV News.

Enthüllungsbuch und TV-Doku

2023 hatten in einem Enthüllungsbuch und einer TV-Dokumentation erhobene Vorwürfe der Missbrauchsvertuschung gegen Karol Wojtyla auch international für Schlagzeilen gesorgt. Diese beriefen sich auf Dokumente der ehemaligen kommunistischen Geheimpolizei SB, einzelne Dokumente der Kirche und Gespräche mit ehemaligen Kirchen-Angestellten sowie Betroffenen von sexualisierter Gewalt.

Für die damals genannten Fälle konnten "Rzeczpospolita"-Journalisten im Diözesanarchiv nach eigenen Angaben nun keine Belege für eine Vertuschung durch den damaligen Erzbischof finden. Viel mehr habe Wojtyla verglichen mit anderen Kirchenspitzen, die zwischen 1944 und 1989 mit Fällen von Pädophilie befasst gewesen seien, vorbildlich agiert.

Die Polnische Bischofskonferenz verteidigt Johannes Paul II. seit Jahren gegen Vorwürfe, er habe Missbrauchsfälle vertuscht. In Polen gilt der einstige Papst bis heute als Nationalheld. Er hatte maßgeblich zum Fall des kommunistischen Regimes in Warschau und in anderen Ländern des Ostblocks beigetragen.

Krieg: Experte befürchtet Christen-Exodus aus dem Heiligen Land

Nahost-Experte und Sprecher der Deutschen Bischofskonferenz, Kopp, sieht im Domradio-Interview die Christen in der Region zwischen allen Fronten

Köln, 25.03.2026 (KAP) Matthias Kopp, Archäologe, Nahost-Experte und Sprecher der Deutschen Bischofskonferenz, befürchtet angesichts des aktuellen Kriegs im Nahen Osten eine beschleunigte Abwanderung der Christen aus dem Heiligen Land. Die noch verbliebenen Christen würden zwischen alle Fronten geraten, warnte Kopp im Interview mit dem Kölner Domradio: "Die Gefahr eines weiteren, schleichenden oder sogar eklatanten Christen-Exodus ist gegeben. Was ich gut verstehen kann, denn wenn ich in dieser Gefahrensituation bin und abhauen könnte, würde ich es wahrscheinlich tun."

Umso größer sei sein Respekt für jene Christinnen und Christen, die im Land bleiben. "Sie hoffen, dass sie am Aufbau der Zivilgesellschaft in Israel, Palästina, Syrien, Jordanien und im Libanon mitwirken können. Trotzdem ist die Gefahr, zwischen die Fronten zu geraten, größer denn je."

Die gegenwärtige Situation sei noch belastender als früher, "weil durch die verschiedenen Luftangriffe - ob Richtung Nordisrael oder in Zentralisrael, Jerusalem, Tel Aviv und dem Iran - die Leute oftmals in Schutzräumen sein müssen". Das sei anders als im normalen Alltag, in dem es vielleicht eine gewisse Unsicherheit gebe, aber man sich nicht in Schutzbunkern aufhalten müsse, Nachsatz: "Das ist sehr belastend für die Menschen vor Ort. Die Trümmerteile in Jerusalem sind ein Beispiel."

Gefahr auch für die christlichen Stätten

Dass nun auch Raketenteile auf die Jerusalemer Altstadt mit ihren vielen religiösen Stätten fallen, seien keine gezielten Angriffe, so Kopp. Er sprach von Kollateralschäden. "Blindgänger gibt es aber immer und deswegen bleibt diese Unsicherheit." Die gezielten Angriffe würden sich auf den Norden Israels beziehungsweise auf den Großraum Tel Aviv richten, um den Staat Israel zu schwächen. Die Gefahr für die christlichen Stätten in Nordisrael sei jedenfalls weit größer als in Jerusalem: "Egal ob wir an Tabgha denken, Nazareth oder viele andere christliche Stätten in Nordisrael - die Gefahr ist groß."

Mitte Jänner sei er noch mit einer internationalen Bischofsdelegation in Israel gewesen, erinnerte Kopp: "Damals wirkte es so, als würde der Pilger-Tourismus nach dem Waffenstillstand zwischen der Hamas und Israel wieder anfangen können. Nur zwei Wochen später ist das Gegenteil der Fall. Wir sind wieder am Anfang, wir müssen den Frieden wieder neu aufbauen und bis das Pilgerwesen sich in Israel überhaupt reaktivieren kann, wird es Monate dauern." Und der Sprecher der Deutschen Bischofskonferenz fügte hinzu: "Wir können nur hoffen, dass bald ein Waffenstillstand eintritt, wie Papst Leo XIV. gefordert hat. Nur ein Waffenstillstand kann eine Grundsicherheit für die Bevölkerung ermöglichen."

Schuldirektor in Nazareth: Sorge um gesellschaftlichen Zusammenhalt

Stadt in Nordisrael hat unter Folgen des Nahost-Konflikts massiv zu leiden - Leiter der "Salvatorian Sisters' School", Awni Bathish, berichtet nicht nur von unmittelbaren Kriegsfolgen, sondern auch zunehmender Kriminalität: "Es vergeht kein Tag, an dem nicht Menschen überfallen, zusammengeschlagen oder erschossen werden"

Jerusalem, 25.03.2026 (KAP) Wie in vielen anderen Städten in Israel auch ist die Stimmung in Nazareth laut Augenzeugenberichten angespannt. "Wir leben wieder wie in einem Kriegszustand", sagte der Leiter der katholischen "Salvatorian Sisters' School", Awni Bathish, der Redaktion der Website der Salvatorianerinnen weltweit. Die Schule der Ordensgemeinschaft gehört zu den angesehensten Bildungseinrichtungen in Israel.

"Früher habe ich den Tag geplant. Termine, Gespräche, Unterricht", schilderte Bathish die Situation. "Heute beginnt jeder Tag damit, dass wir uns fragen, was heute überhaupt möglich ist. Man bleibt viel in den eigenen vier Wänden." Aufgrund ständiger Beschüsse überlege man sich selbst kleine Wege zweimal.

Er denke oft an einen Schüler, der ihm gesagt habe: "Ich kenne Zoom besser als mein Klassenzimmer", so der Schulleiter. "Das macht mich sehr nachdenklich. Diese Kinder wachsen mit ständigen Unterbrechungen auf. Corona, Konflikte, immer wieder Onlineunterricht. Sie verlieren das Gefühl für einen normalen Schulalltag, für das Miteinander und für ihre Mitmenschen."

Unterdessen nähmen in der Stadt selbst die Spannungen zu, auch unter den arabischen Bewohnern, sagte Bathish. "Es vergeht kein Tag, an dem nicht Menschen überfallen, zusammengeschlagen oder erschossen werden." Es scheine, als ob kriminelle Gruppen mit Mafia-Methoden die Oberhand gewinnen wollten und ihre Bereiche absteckten. "Und viele haben den Eindruck, dass die Polizei nichts dagegen unternimmt."

Zugleich würden Dinge des täglichen Bedarfs immer teurer. "Produkte, die früher selbstverständlich waren, kosten deutlich mehr. Familien sprechen darüber, wie sie sparen können", sagte Bathish.

Mangel an Schutzräumen

Ertönten die Sirenen wegen Raketenalarms, greife er immer zuerst zum Handy, um sich zu vergewissern, dass alle seine Angehörigen in Sicherheit seien. Ein Grund dafür sei, dass es im arabischen Nazareth nicht so viele Schutzräume gebe wie im jüdischen Nazareth-Illit. Nazareth hat unter Israels Städten den höchsten Anteil an arabischen Israelis.

Zuversicht schöpfe er aus seiner Arbeit, bekannte der Schulleiter. "Wenn ich an unsere Schule denke, sehe ich mehr als nur ein Gebäude. Ich sehe eine Gemeinschaft aus Christen und Muslimen, aus arabischen Israelis und Menschen in Europa, die uns immer wieder unterstützen."

Das gebe ihm Kraft ebenso wie die Geschichte der christlichen Gemeinschaft in Nazareth. "Wir leben seit Jahrhunderten an den heiligen Orten der Bibel. Wir haben in dieser Tradition schon viele Krisen erlebt und ausgestanden."

Beste Schule Israels

Erst im Februar hatte eine gemeinsame Delegation der Österreichischen Ordenskonferenz und der Initiative Christlicher Orient (ICO) die Schule in Nazareth besucht. Die "Salvatorian Sisters' School" wurde 2024 vom israelischen Bildungsministerium als beste Schule Israels ausgezeichnet. Das Schulzentrum wird von rund 1.500 Schülerinnen und Schülern besucht. Die meisten sind Christen verschiedener Konfessionen, es gibt aber auch einige Muslime. Unterrichtssprachen sind Arabisch, Hebräisch und Englisch, die Schüler maturieren auch in diesen drei Sprachen zusätzlich zu anderen Fächern.

Ausgezeichnet wurde die in den 1960er-Jahren gegründete Schule laut Direktor Awni Bathish aber nicht nur wegen der guten fachlichen Ausbildung, sondern vor allem auch wegen der christlichen Werte, die im Schulalltag gelebt werden. Im Schulzentrum gibt es auch besondere Angebote für Schüler mit spezifischen Bedürfnissen wie Lernstörungen, Lernbehinderungen oder Autismus. Dadurch können vorzeitige Schulabbrüche fast zur Gänze vermieden werden.

Jerusalem: Papst-Botschafter traf orthodoxen Patriarchen

Antrittsbesuch von Nuntius Erzbischof Lingua bei Patriarch Theophilos III.

Jerusalem, 25.03.2026 (KAP) Der orthodoxe Patriarch von Jerusalem, Theophilos III., hat in Jerusalem an seinem Amtssitz den neuen Apostolischen Nuntius im Heiligen Land, Erzbischof Giorgio

Lingua empfangen. Im Mittelpunkt der Unterredung am Montag standen der aktuelle Krieg im Nahen Osten, das gemeinsame Engagement der Kirchen für den Frieden und die schwierigen Lebensbedingungen für die Christinnen und Christen im Heiligen Land wie im gesamten Nahen Osten, wie der "Pro Oriente"-Informationsdienst am Mittwoch berichtete. Dies betrifft sowohl die Lebensgrundlagen der christlichen Bevölkerung, wie auch den Status Quo in der Altstadt von Jerusalem, wo die Kirchen immer stärker unter Druck geraten.

Das orthodoxe Patriarchat von Jerusalem ist die größte einheimische Kirche im Heiligen Land. Die Zahl der Gläubigen wird gegenwärtig mit rund 120.000 angegeben, die in Israel, Palästina und Jordanien leben. Patriarch Theophilos III. leitet die Kirche seit 2005.

Erzbischof Lingua wurde von Papst Leo XIV. im Jänner zum neuen Apostolischen Nuntius in Israel und zugleich zum Apostolischen Delegaten in Jerusalem und Palästina ernannt. Der gebürtige Italiener folgt in beiden Funktionen auf Erzbischof Adolfo Tito Yllana. Der Posten des Papst-Botschafters im Heiligen Land ist eine weltweit einmalige Konstruktion. Er fungiert gleichzeitig als Apostolischer Nuntius in Israel mit Sitz in Jaffa/Tel Aviv und als Apostolischer Delegat in Palästina mit Sitz in Jerusalem.

Erst seit 1994 haben der Heilige Stuhl und Israel volle diplomatische Beziehungen. Anders als der Lateinische Patriarch von Jerusalem - seit 2020 ist dies der italienische Kardinal Pierbattista Pizzaballa - agiert der diplomatische Vertreter des Papstes im Heiligen Land meist diskret im Hintergrund.

Canterbury: Einführung der Erzbischöfin mit William und Catherine

Prinz von Wales vertritt bei Feier seinen Vater König Charles III., der das Oberhaupt der anglikanischen Kirche von England ist, und bekennt sich zugleich zum Glauben

Canterbury/London, 25.03.2026 (KAP/KNA) Prinz William und seine Frau Prinzessin Catherine nehmen am Mittwochnachmittag an der historischen Einführung von Sarah Mullally als neue Erzbischöfin von Canterbury teil. Das teilte das Pressebüro der Anglikanischen Gemeinschaft in London mit. Mullally ist nach 105 Männern die erste Frau als ranghöchste Erzbischöfin und spirituelles Oberhaupt der anglikanischen Kirche von England. Als weltliches Oberhaupt fungiert König Charles III., der bei dieser Zeremonie dem Protokoll gemäß von seinem Sohn und Thronfolger William vertreten wird.

Anfang Februar hatten bereits der Prinz und die Prinzessin von Wales die neue Erzbischöfin in ihrer Londoner Residenz, Lambeth Palace, zu einem ersten Besuch aufgesucht. "Ich weiß, dass wir die gleiche Hoffnung auf eine bessere Welt teilen, und ich freue mich darauf, in den kommenden Jahren mit Ihnen zusammenzuarbeiten", sagte die Erzbischöfin von Canterbury im Anschluss an die Zusammenkunft.

Prinz William lässt sich als gläubig outen

Im Vorfeld der Einführung hatte sich ein ungenannt gebliebener Mitarbeiter des Prinzen über dessen Verhältnis zur Religion in der "Sunday Times" geäußert. Weil William im Gegensatz zu seinem Vater oder seiner Großmutter, der verstorbenen Königin Elizabeth II. (1926-2022), offenbar nie sonntags in der Kirche gesehen wird, gab es Vermutungen, das zukünftige Oberhaupt der Kirche von England habe es nicht so mit der Religion.

Nach Angaben dieses Mitarbeiters hieß es in der "Sunday Times", Prinz William sei der Meinung, er möge zwar nicht jeden Tag in die Kirche gehen, aber er glaube an sie, wolle sie unterstützen und begreife das als einen wichtigen Aspekt seiner jetzigen und zukünftigen Rolle.

Prinz und Erzbischöfin Fans von Aston Villa

Der Prinz von Wales sei "bestrebt, eine starke und bedeutsame Verbindung" zur Church of England aufzubauen, hieß es von Seiten dieses Mitarbeiters. William und die Erzbischöfin von Canterbury sind darüber hinaus Fans des gleichen Fußballclubs, nämlich Aston Villa.

Prinz William wurde 1982 im Alter von sechs Wochen getauft und mit 14 Jahren konfirmiert.

Pfarrer mit deutschen Wurzeln in Ecuador offenbar getötet

Kirche fordert Behörden in südamerikanischem Land zu umfassender Untersuchung auf

Quito, 25.03.2026 (KAP/KNA) In Ecuador ist ein katholischer Geistlicher mit deutschen Wurzeln offenbar getötet worden. Wie die Zeitung "El Comercio" berichtet, handelt es sich um Maximiliano Jose Estupinan Gaisbauer, der in der Pfarre Santa Cruz de Casitagua im Norden der Erzdiözese Quito tätig war. Laut dem Portal Primicias hatte der 65-Jährige eine deutsche Mutter und besaß die ecuadorianische Staatsbürgerschaft. In seiner Pfarre sei er als "Padre Max" bekannt und geschätzt gewesen.

Nach Angaben der Erzdiözese Quito wurde er zu Wochenbeginn tot in seinem Haus entdeckt. Die Diözese forderte die Behörden zu einer "sorgfältigen, zügigen und transparenten" Untersuchung auf, um den Vorfall aufzuklären, die Verantwortlichen zu identifizieren und Gerechtigkeit walten zu lassen. Laut lokalen Medienberichten wird der deutschstämmige Priester an diesem Mittwoch (Ortszeit) in Ecuadors Hauptstadt beigesetzt.

K U L T U R & M E D I E N

Sagrada Familia in Barcelona feiert Besucherrekord

4,9 Millionen Menschen besuchten im Vorjahr die weltbekannte Basilika - Papst-Besuch zu Einweihung des Christus-Turms am 100. Todestag Antoni Gaudis am 10. Juni

Barcelona, 25.03.2026 (KAP/KNA) Die Sagrada Familia in Barcelona feierte im vergangenen Jahr einen neuen Besucherrekord. Rund 4,9 Millionen Menschen besuchten 2025 die von Antoni Gaudi gestaltete Basilika in der spanischen Mittelmeermetropole, wie spanische Medien am Mittwoch berichteten. Damit konnte sogar der Besucherrekord aus dem Vorjahr von 4,8 Millionen Besuchern nochmals leicht überboten werden.

Erneut stellten US-Amerikaner mit 15 Prozent den größten Besucheranteil in Gaudís Gotteshaus. Spanier folgten mit 11 Prozent, danach Chinesen mit knapp 8 Prozent. Die Gruppe chinesischer Besucher wuchs im Vergleich zum Vorjahr um fast 60 Prozent. Die Zahl der französischen Besucher ging hingegen um 20 Prozent zurück.


Mit den durch die Besucher generierten Einnahmen in Höhe von 134,5 Millionen Euro konnten im vergangenen Jahr bis zu 96,9 Prozent der Baukosten gedeckt werden, versicherte Xavier Martínez, Leiter der Baubehörde. Bereits 1882 begann Antoni Gaudi mit der Errichtung des Gotteshauses. Zwei Tage vor Gaudis 100. Todestag wird Papst Leo XIV. den Jesus-Christus-Turm am 10. Juni einweihen, den mit 172,5 Metern höchsten Kirchturm der Welt.

Bauarbeiten kommen voran

Durch einen Zuwachs bei den Eintrittsgeldern, die in den Bau der Sagrada Familia investiert werden, kamen die Arbeiten gut voran. Neben dem Jesus-Christus-Turm kam man im vergangenen

Jahr besonders gut bei den Arbeiten am Kreuzgangabschnitt an der Provenza-Straße sowie bei der Fertigstellung der Mariä-Himmelfahrts-Kapelle voran.

Bis die Sagrada Família komplett fertig ist, wird es aber schätzungsweise noch über zehn Jahre dauern, so der Präsident des Bauausschusses, Esteve Camps. Erst Ende des Jahres beginnen die Bauarbeiten an der Gloria-Fassade, die der Haupteingang der Basilika werden soll. Derzeit prüft eine Experten-Kommission die vorgeschlagenen Entwürfe der drei Künstler Miquel Barcelo, Cristina Iglesias und Julian Martin.

	
<p>IMPRESSUM: Medieninhaber (Verleger) Herausgeber, Hersteller: Institut "Katholische Presseagentur" Chefredakteur & Geschäftsführer: Paul Wuthe Redaktion: Andreas Gutenbrunner, Henning Klingen, Franziska Libisch-Lehner, Jutta Steiner, Johannes Pernsteiner, Georg Pulling Alle: A-1011 Wien, Singerstraße 7/6/2 (Postfach 551) Tel: +43 (0)1 512 52 83 Fax: +43 (0)1 512 5283 – 1337 E-Mail an die Redaktion: redaktion@kathpress.at E-Mail an die Verwaltung: buero@kathpress.at Internet: www.kathpress.at Bankverbindung: Schelhammer Capital Bank AG Kto.Nr. 10.2343 BLZ 19190 IBAN AT22 1919 0000 0010 2343/ BIC:BSSWATWW DVR: 0029874(039)</p>	